

# Bundesrepublik Deutschland – Deutsche Demokratische Republik: ein Vergleich

---

*Nachkriegszeit (1945-1949):* Die bedingungslose Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschland (1945) brachte ab der „Stunde Null“ für Mitteleuropa die militärische Besetzung durch alliierte Truppen der deutschen Kriegsgegner (amerikanische, britische, französische, sowjetische Besatzungszone) und eine Vielzahl wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme auch zeitlich jenseits des Zweiten Weltkriegs (1939-1945). Die Probleme betrafen u.a.: kriegsbedingte Zerstörungen von Gebäuden, Industrieanlagen und Städten; Hunger (Lebensmittelbewirtschaftung) und Elend (Wohnungsknappheit, Schwarzmarkt) derjenigen, die den Krieg überlebt hatten; Vertreibungen und Bevölkerungsverschiebungen (Deutsche, Zwangsarbeiter, Kollaborateure, ehemalige KZ-Insassen, jüdische Überlebende). Mit den Problemen verbunden war allerdings auch die Hoffnung auf eine Besserung der Lage, die einhergehen sollte mit einer entscheidenden Umgestaltung der deutschen Gesellschaft durch die Besatzungsmächte (Entnazifizierung [Verfolgung und Bestrafung von NS-Tätern, Kriegsverbrecherprozesse und Nürnberger Prozesse], Wirtschaftsreformen [„Dekartellisierung“, Demontagepolitik], Demokratisierung und politischer Neuaufbau [Massenmedien, Parteiensystem, parlamentarische Demokratie, Sozialismus]).

Politisch war die Nachkriegszeit geprägt von einem zunehmenden Gegensatz zwischen den Westalliierten England, Frankreich und USA auf der einen sowie der Sowjetunion auf der anderen Seite; die sich entwickelnde Teilung Europas in kapitalistischen Westen und kommunistischen Osten eröffnete bei deutscher Teilung die Gründung zweier deutscher Staaten, der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Überwog bis zum Jahr 1946 noch die Zusammenarbeit zwischen allen Alliierten in den Besatzungszonen Deutschlands (Potsdamer Abkommen 1945, Pariser Reparationskonferenz 1946), so stand der politisch-wirtschaftliche Neuaufbau des besiegten Landes schon bald unter den divergierenden Interessen von West und Ost: repräsentativ-parlamentarische Demokratie mit einem Parteiensystem (Lizensierung von CDU/CSU, FDP, SPD u.a.) und individuellen Freiheitsrechten sowie kapitalistische Wirtschaftsordnung in den Westzonen, kommunistische Gesellschaftsordnung (Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED 1946) bei sich entwickelnder Planwirtschaft in der Ostzone. Die zunehmende (Ost-West-) Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion bzw. den politischen Ordnungssystemen und Gesellschaftsordnungen, die sich auf dem Gebiet der Besatzungszonen in Deutschland formierten, führte über die Gründung der britisch-amerikanischen Bizone als Wirtschaftszone (1947) und der amerikanischen Politik des *containment* (Eindämmung der

sowjetischen Expansion; Rede Präsident Trumans vor dem amerikanischen Kongress 1947, „Marshallplan“ [ERP] und „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ [OEEC] 1947) zu einer politischen Partnerschaft zwischen den Westmächten und den Westdeutschen in den Besatzungszonen (Londoner Sechsmächtekonferenz 1948). Diese beförderte wie Währungsreform (Sommer 1948) und Berlin-Blockade (Sommer 1948-Frühjahr 1949) den sog. Kalten Krieg und zementierte die sich anbahnende deutsche Teilung in West- und Ostdeutschland. Die Währungsreform (Einführung der Deutschen Mark) begründete dabei zusammen mit einer Preisfreigabe in den westdeutschen Besatzungszonen einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung, schuf aber auch die entscheidende Voraussetzung für die Entstehung eines deutschen Weststaats. Weichen dafür waren durch die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung gestellt worden; der Parlamentarische Rat arbeitete das Grundgesetz als Verfassung für den Weststaat aus, der auf dem Prinzip des Föderalismus und der Grundlage der in den Besatzungszonen gegründeten deutschen (Bundes-) Länder (ab 1947) beruhte und eine repräsentative Demokratie mit (in seinen Befugnissen beschränktem) Präsidentenamt, Regierung, Parlament (ab 1949) und Verfassungsgericht (ab 1951) darstellte. Das am 8. Mai 1949 verabschiedete Grundgesetz hob die Bundesrepublik Deutschland als „Kind des Kalten Krieges“ aus der Taufe. Parallel dazu – mit geringer zeitlicher Verzögerung – entstand die Deutsche Demokratische Republik auf der Grundlage einer von einem Deutschen Volksrat ausgearbeiteten Verfassung, eines in Berlin zusammengetretenen Deutschen Volkskongresses (Mai 1949) und des Deutschen Volksrats bzw. der Provisorischen Volkskammer vom 7. Oktober 1949. Die Sowjetunion förderte die Bildung eines deutschen Oststaats nur bedingt, da die sowjetische Führung immer noch politisch auf einen neutralen deutschen Einheitsstaat setzte (1948/49-1955; Stalin-Noten 1952). Doch blieben deutsche Teilung und die Existenz zweier deutscher Staaten für die folgenden Jahrzehnte erhalten.

*Bundesrepublik Deutschland (1949-heute):* Nach dem Zweiten Weltkrieg (1939-1945), in der Nachkriegszeit (1945-1949) war das Gebiet der späteren Bundesrepublik Deutschland in die drei Besatzungszonen der alliierten Siegermächte Vereinigte Staaten (Bayern, Hessen, nördliches Südwestdeutschland), Großbritannien (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein) und Frankreich (südliches Südwestdeutschland, Rheinland-Pfalz, Saargebiet) (West-Berlin und der Vier-Mächte-Status Berlins). Denazifizierung, Verwaltung und Demokratisierung, Wirtschafts- und Flüchtlingspolitik (Zulassung von Parteien) waren in der „Zusammenbruchsgesellschaft“ der Nachkriegsjahre je Besatzungszone unterschiedlich. Immerhin setzte sich bei den drei westlichen Siegermäch-

*Deutsche Demokratische Republik (1949-1990):* Mit der Konstituierung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) im Verlauf des Jahres 1949 begann für Ostdeutschland ein „kommunistisches Projekt“ und „sozialistisches Experiment“ auf den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundlagen und Vorgaben letztlich des sowjetischen Kommunismus („Sowjetisierung“). Eine kommunistische DDR sollte die sowjetische Hegemonie über Osteuropa (hinter dem „Eisernen Vorhang“) im Ost-West-Konflikt der Nachkriegszeit („Kalter Krieg“) stützen; gleichzeitig sollte damit die Ideologie des Kommunismus (Klassenkampf, Sozialismus, Proletariat) eine weitere Bestätigung finden. Die Umstellung der DDR-Wirtschaft auf eine zentral gesteuerte Planwirtschaft hatte jedoch mit Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen (sowjetische Demontage-

ten zunehmend die politische Erkenntnis durch, ein wirtschaftlich intaktes, demokratisches (West-) Deutschland als Gegengewicht zur sowjetischen Machtstellung in Mitteleuropa zu schaffen. Dem dienten eine territoriale Neuordnung auf der Grundlage neuer (Bundes-) Länder (1945/47), die Errichtung der amerikanisch-britischen Bizone (1. Januar 1947), eine Währungsreform (20. Juni 1948; Einführung der Deutschen Mark; ohne die Sowjetunion, Berlin-Blockade und Luftbrücke [1948/49]), der in Bonn zur Ausarbeitung eines (provisorischen) Grundgesetzes tagende Parlamentarische Rat (1. September 1948). Das durch den Rat erarbeitete Grundgesetz vom 8. Mai/23. Mai 1949 wurde die verfassungsmäßige Grundlage der Bundesrepublik Deutschland (BRD) mit Hauptstadt Bonn und unter westalliiertem Kontrolle (Alliierte Hohe Kommission, Hohe Kommissare). Die Demokratie der westlich-kapitalistischen BRD war/ist eine Parteien-demokratie, als Parteien setzten sich in den 1950er-Jahren die CDU/CSU (Christlich-Demokratische/Christlich-Soziale Union) und die SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) als sich ausformende Volksparteien sowie die FDP (Freie Demokratische Partei) durch. Vermöge der Parteien wurden/werden in direkter, gleicher und freier Wahl (Verhältnismahlrecht) im Bund die Abgeordneten des Bundestages (1. Bundestagswahl 14. August 1949), in den zehn (zunächst ohne Saargebiet, ohne West-Berlin) Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein) die Länderparlamente gewählt (Legislative), die Abgeordneten von Bundestag und Länderparlamenten wählten/wählen die jeweiligen (Bundes-, Länder-) Regierungen unter dem (mit politi-

politik und Reparationszahlungen, Rohstoffmangel, Unterbrechung der Handelsbeziehungen mit Westdeutschland, fehlender Zugriff auf das ostdeutsche Hinterland), während auf der Habenseite die in Mitteldeutschland beheimatete chemische, feinmechanische und Rüstungsindustrie stand. Ein erster Gesamtwirtschaftsplan wurde im Jahr 1950 für fünf Jahre beschlossen, bei zufriedenstellender Grundversorgung der in der DDR lebenden Menschen (Rationierung von Lebensmitteln und staatliche Handelsorganisation [HO]) hinkte indes die Versorgung mit höherwertigen Gütern hinterher und erzeugte zunehmend Unzufriedenheit. Dieses Missverhältnis bei der Versorgung resultierte u.a. aus unzureichender Planung und Industrieproduktion (veraltete Maschinenausstattung, niedrige Arbeitsleistung, Arbeitsnormen) bei unzureichender Mitsprache der Erwerbstätigen (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund [FDGB]) und Ausbau des Machtapparats der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) („Parteisäuberung“ 1948, Parteifunktionäre, Kasernierte Volkspolizei, „Staatssicherheit“ [Stasi]; Blockparteien), die unter ihrem Generalsekretär Walter Ulbricht (†1973; Parteivorstand, Politbüro) einen kommunistisch-sowjetischen Kurs für die DDR bestimmte. Dieser Kurs führte zur Verstaatlichung großer Teile der Industrie sowie (bei zunächst stockender) Kollektivierung der Landwirtschaft, zielte auf die Ausschaltung (vermeintlicher) Gegner des SED-Regimes und propagierte eine neue auf „Arbeiter und Bauern“ bezogene Bildungs- und Kulturpolitik. Dabei hatten Ulbricht und die SED die sowjetische Außenpolitik zu beachten („Stalin-Note“ zur Wiedervereinigung Deutschlands 1952 und deren Ablehnung), aber ab Sommer 1952 wurden die Weichen für den „Aufbau des Sozialismus in der DDR“ gestellt (Verwaltungsbezirke statt Länder, Einbeziehung von Handel und Gewerbe in den Sozialismus, Kollektiv-

scher Richtlinienkompetenz ausgestatteten) Bundeskanzler (Exekutive). Der föderalen Struktur der Bundesrepublik (Bund, Länder, Gemeinden) geschuldet ist die (etwaige) Beteiligung der Länder an den politischen Entscheidungen des Bundes über den Bundesrat (Vermittlungsausschuss). Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe (28. September 1951) steht für Jurisdiktion und Verfassung einer rechtsstaatlichen Bundesrepublik, die (nicht nur repräsentativen) Ämter von Bundes- und Bundestagspräsident stehen an der Spitze von Staat bzw. Bundestag, der Bundespräsident wird von der Bundesversammlung gewählt; auf der Ebene des Bundes sind vierjährige Legislaturperioden die Regel, auf der Ebene der Länder vier- oder fünfjährige.

Die BRD stellt auch eine „Kanzlerdemokratie“ dar, beginnend mit der „Ära Adenauer“, der Kanzlerschaft Konrad Adenauers (1949-1963, CDU), dem in Übereinstimmung und politischem Ausgleich mit den Besatzungsmächten (als „Oberregierung auf dem Petersberg“) wichtige gesellschaftliche und außenpolitische Weichenstellungen gelang. Das Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“ des Wirtschaftsministers Ludwig Erhard verband sich in den 1950er-Jahren mit dem (west-) deutschen „Wirtschaftswunder“, das bei Integration der BRD in die Weltwirtschaft zu Vollbeschäftigung, Einkommenssteigerungen und Wohlstand führte, die Kriegsschäden massiv zu überwinden half und Grundlage des Sozialstaats BRD bei Anknüpfung an das Sozialsystem des Deutschen Kaiserreiches und der Weimarer Republik wurde (Arbeitgeber und Gewerkschaften, Sozialversicherung, Lastenausgleichsgesetz 1952 [Flüchtlingimmigration], Sozialstaatlichkeit). Außenpolitisch stand die von Adenauer verfolgte Westintegration/-bindung der BRD im

tivierung der Landwirtschaft, Streitkräfte und „Betriebskampfgruppen“ u.a.). Der Tod des sowjetischen Diktators Stalin (1953) und die beginnenden Entstalinisierung in der UdSSR wirkte sich auch auf die DDR aus, wo der „Aufbau des Sozialismus“ im Sinne eines „Neuen Kurses“ allerdings nur wenig zurückgenommen wurde. Die allgemeine Unzufriedenheit und Normenerhöhungen in der Bauwirtschaft führten dann zu Streiks, Demonstrationen und dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953, der mit Hilfe der militärischen Präsenz sowjetischer Panzer schnell unterdrückt werden konnte. Die Spaltung zwischen SED und SED-Staat als „Minderheitendiktatur“ auf der einen und der DDR-Bevölkerung als „Arbeiterklasse“ auf der anderen Seite sowie das beiderseitige Misstrauen zwischen sozialistischer Staatspartei und Bevölkerung vertiefte sich dadurch noch mehr, wie z.B. eine massive Fluchtbewegung aus der DDR nach Westdeutschland – übrigens bei Schwächung der politischen Opposition in der DDR – zeigte (ab 1953). Der „Neue Kurs“ führte in der Folge zu Verbesserungen im sozialen Bereich und zu Wirtschaftsreformen (Fünfjahresplan 1956/60, Modernisierung von Industrie und Handwerk, Zurückhaltung bei der Kollektivierung der Landwirtschaft, Anti-„Dogmatismus“, Freilassung politischer Gefangener, Unabhängigkeit wissenschaftlicher Diskussion u.a.), doch bedeutete die Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn durch die UdSSR (1956) im Grunde das Ende der Periode des „Tauwetters“ in den von der Sowjetunion politisch und militärisch dominierten Ostblock- und RGW-Staaten. Die DDR und ihr kommunistisches Regime profitierten in den endenden 1950er- und in den 1960er-Jahren von einem Wirtschaftswachstum (Siebenjahresplan 1959, „Neues Ökonomisches System“ [1960er-Jahre]), so dass der „Aufbau des Sozialismus“ nun wieder stärker verfolgt wurde (Kollektivierung der Landwirtschaft, Maß-

Vordergrund (Montanunion 1952, Versuch der Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft [EVG] und „Stalin-Note“ 1952, Deutschlandvertrag 1952/54, Nordatlantisches Verteidigungsbündnis [NATO] und Mitgliedschaft der BRD bei Aufhebung des Besatzungsstatuts 1955, Römische Verträge und Europäische Wirtschaftsgemeinschaft [EWG] 1957, deutsch-französischer [Elysée-] Vertrag 1963), immer unter Voraussetzung der besonderen Beziehungen der BRD zum zweiten deutschen Staat, der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Diese trübten sich mit der zunehmenden Westbindung der BRD aber ein (Flüchtlinge aus der DDR 1949/61, Berlin-Krise 1958, Mauerbau 1961).

Die 1960er-Jahre brachten politisch den Wechsel in der Kanzlerschaft von Konrad Adenauer zu Ludwig Erhard (1963-1966, CDU), die Kanzlerschaft Kurt Georg Kiesingers (1966-1969, CDU; große Koalition) und schließlich die Willy Brandts (1969-1974, SPD). Die Kanzlerschaften zeigen indirekt den gesellschaftlichen Wandel an, den die BRD damals unterworfen war („Gastarbeiter“ als dritte Migrationswelle, Bevölkerungswachstum, Urbanisierung, Umbrüche in der Landwirtschaft, Wandel in der Arbeitswelt, Konsum und Freizeit, Pluralisierung der Lebensformen, Rückgang religiös-konfessioneller Prägungen, Sexualität und Familie) und der u.a. in einer neuen Sicht auf die „Vergangenheitsbewältigung“ des Nationalsozialismus und in der studentischen Protestbewegung der „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO, 1968) kulminierte. Die unter Kiesinger regierende große Koalition aus CDU/CSU und SPD überwand dabei die wirtschaftliche Rezession, setzte Reformen und gegen heftige Widerstände auch die Notstandsgesetze (1968) durch, während eine

nahmen in der Bildungspolitik und Ausbau des Bildungssystems, sozialistische Wissenschaft und Technik, neue Technologien), was wiederum die Fluchtbewegung von DDR-Einwohnern nach dem Westen – über West-Berlin – beschleunigte und stärkte (Vier-Mächte-Berlin-Status vor dem Hintergrund souveräner deutscher Staaten [1958], Berlin-Rede des US-amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy [1963]). Der Bau der Berliner Mauer ab der Nacht vom 12. zum 13. August 1961 sollte die Fluchtbewegung unterbinden.

In den 1960er-Jahren hatte die DDR zwar ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum bei Lohnsteigerungen und verbessertem Lebensstandard für die Beschäftigten zu verzeichnen, doch blieben die Ergebnisse volkswirtschaftlichen Handelns hinter den Planungen und Erwartungen zurück, der Konsumgüterbereich weiterhin unterrepräsentiert. So vergrößerte sich der wirtschaftliche Abstand zur Bundesrepublik Deutschland (BRD) noch, während die DDR innerhalb des Systems der RGW-Staaten – etwa in der chemischen Industrie oder beim Maschinenbau – eine wirtschaftliche Spitzenposition einnahm. Dabei wirkte die DDR-„Gesellschaft im Sozialismus“ auch auf Kunst, Literatur und (Geistes-) Wissenschaften ein, wobei zaghafte Reformansätze ab der Mitte des 1960er-Jahre bald wieder verschwanden. Außenpolitisch konnte die DDR im Gefolge der Sowjetunion („Prager Frühling“ 1968) ihre Position in der Welt ebenfalls ausbauen; trotz eines Alleinvertretungsanspruchs der BRD („Hallstein-Doktrin“) fand sie zunehmend Anerkennung als Staat z.B. in den Ländern der Dritten Welt, während die BRD-Ostpolitik des Bundeskanzlers Willy Brandt (1969-1974) neue Möglichkeiten in der Politik der beiden deutschen Staaten ermöglichte (Grundlagenvertrag 1972). Zunächst kam es auf Grund einer massiven wirtschaftlichen Schieflage (Mangel an Lebensmitteln

geplante Wahlrechtsreform nicht zustande kam. Erstmals wurde mit Gustav Heinemann (1969-1974) ein SPD-Politiker Bundespräsident, nach den CDU-Bundespräsidenten Theodor Heuss (1949-1959) und Heinrich Lübke (1959-1969).

Mit der Bundestagswahl vom 28. September 1969 setzte der SPD-Kanzlerkandidat Willy Brandt auf eine Koalition mit der liberalen FDP. Das Jahrzehnt einer sozial-liberalen Bundesregierung unter den Kanzlern Brandt und Helmut Schmidt (1974-1982) begann und führte durch innenpolitische Reformen zu einer Ausweitung des Sozialstaats bei zunächst weiterem Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung (Mitbestimmung, Rentenreform 1972). Doch schränkte sich der finanzpolitische Spielraum der SPD-FDP-Regierung bald ein, so dass gesellschaftspolitische Maßnahmen bald ausblieben. Die neue Ost- und Deutschlandpolitik Brandts hingegen war erfolgreich (Moskauer Vertrag 1970, Warschauer Vertrag 1970, Kniefall Willy Brandts in Warschau 7. Dezember 1970) und führte zu einer Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten (Vier Mächte-Abkommen über Berlin 1971, deutsch-deutsche Vereinbarungen, Grundlagenvertrag 1972). Gerade die Ostpolitik war dann Anlass des von der Opposition initiierten konstruktiven Misstrauensvotums gegen Kanzler Brandt, das aber scheiterte; in den anschließenden Bundestagswahlen wurde die sozial-liberale Koalition in der Regierung bestätigt (1972). Die „Guillaume-Affäre“ brachte den Rücktritt Brandts (1974), unter dessen Nachfolger Schmidt hatte die BRD, schon lange eine Großmacht in der Weltwirtschaft, mit einer u.a. aus Ölkrise (1973) und Zusammenbruch der Weltwährungsordnung (1971/73) resultierenden Rezession zu kämpfen (deutsch-französische Kooperationen, Europäisches

und Konsumgütern, Engpässe bei Strom und Energie, Wohnungsmangel u.a.) zum Ende der Ära Ulbricht (1971), den Erich Honecker als SED-Generalsekretär (und ab 1976 als Staatsratsvorsitzender) ablöste. Eine wirtschaftliche Umorientierung im Gefolge der Sowjetunion fand ab 1971 in allen Ostblockländern mit einer Stärkung z.B. des Konsumgüterbereichs statt. Für die DDR bedeutete dieser „Konsumsozialismus“ (Erhöhung der Löhne und Renten, Neugestaltung der Arbeitszeiten und des Urlaubs, Wohnungsbauprogramm) eine deutliche Erhöhung des Lebensstandards in den 1970er- und 1980er-Jahren, freilich um den Preis von Subventionierung und Staatsverschuldung bei trotzdem nicht wie gewünscht ansteigender Wirtschaftskraft und der Verstaatlichung auch der letzten privaten Industrie- und Handwerksbetriebe. Der DDR-Außenhandel blieb dabei defizitär (Import von Lebensmitteln und Konsumgütern) und verursachte neue Staatsverschuldung; statt auf Erdöl setzte man bei der Energiegewinnung auf die in der DDR heimische Braunkohle (Braunkohle-Tagebau, Umweltverschmutzung, Umweltschäden), allerdings um den Preis hoher Investitionen. Spätestens Anfang der 1980er-Jahre war klar, dass Konsum und Lebensstandard in der DDR den wirklichen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht entsprachen; Investitionen in zukunftsträchtige Bereiche (z.B. Mikroelektronik) blieben unzureichend. Dem wirtschaftlichen Stillstand entsprach ein politischer, bei dem das SED-Diktator auf große politische Entwürfe verzichtete und im Gegenzug die Angepasstheit der DDR-Bevölkerung im politischen System (Betrieb, Wohnung, Erziehung und Bildung, Gesundheitswesen, Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, Vollbeschäftigung) einforderte (DDR als Überwachungsstaat [Ministerium für Staatssicherheit], Beschränkung der Kontakte zum westlichen Ausland, Reisebe-

Währungssystem 1979). Innenpolitisch schuf der Terrorismus der „Roten Armee Fraktion“ (RAF, ab 1972) ein Bedrohungsszenario („Deutscher Herbst“ 1977), außenpolitisch entfernten sich die um die USA und die Sowjetunion gepaarten Blöcke wieder voneinander (KSZE [Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa]-Schlussakte 1975, NATO-Doppelbeschluss 1979). Entscheidend war aber die wirtschaftliche Situation, in der sich die BRD befand, die geprägt war von geringem oder abnehmendem Wirtschaftswachstum, zunehmender Arbeitslosigkeit und Inflation, letztlich vom wirtschaftlichen Strukturwandel der 1970/80er-Jahre.

Die „Koalitionswende“, d.h. das nunmehrige Bündnis der FDP mit der CDU/CSU führte zum diesmal erfolgreichen konstruktiven Misstrauensvotum gegen Kanzler Schmidt und zur Kanzlerschaft Helmut Kohls (1982-1998, CDU). Sowohl positive weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen (Sinken der Energiepreise usw.) als auch eine (in Grundzügen feststellbare) angebotsorientierte Wirtschaftspolitik begünstigten bei weitgehender Beibehaltung des Sozialstaats ein zunächst nur verhaltenes Wirtschaftswachstum in der BRD, wobei die hohe Arbeitslosigkeit weiterhin bestand. Außenpolitisch gab es zudem kaum Unterschiede zur Vorgängerregierung, erst die politischen Umbrüche im kommunistischen Osteuropa (Sowjetunion, Polen, Ungarn) und insbesondere in der DDR (Massenflucht und Ausreise, friedliche Demonstrationen, Zusammenbruch des wirtschaftlich bankrotten DDR-Regimes 1989) führten zum „Mauerfall“ (9. November 1989) und schließlich auf friedliche Weise zur „Wiedervereinigung“, d.h. zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik (Einführung der Deutschen Mark in der DDR 1. Juli 1990, Einigungsvertrag 31. August 1990, Zwei-Plus-

schränkungen und „Ausreiser“). Westdeutsche Lebensweise und westdeutscher Lebensstandard hatten dabei für die DDR-Bewohner schon immer eine Vorbildfunktion, die das SED-Regime zu kanalisieren versuchte (DDR-Mangelwirtschaft: Devisen und Kaufkraftüberhang und dessen Abschöpfung, „Inter-Shops“ und „Kommerzielle Koordinierung“ [KoKo], westdeutsche D-Mark als inoffizielles Zahlungsmittel in der DDR; DDR-Kultur: Transformation der westdeutschen 1968er-Bewegung, politische Festivals, Weltjugendfestspiele 1973 [„Freie Deutsche Jugend“ FDJ], „Gegenkulturen“, „Kirche im Sozialismus“, politische Opposition[sgruppen] in der DDR [Künstler, Kirche, Umweltaktivitäten; 1980er-Jahre]). Vor dem Hintergrund einer drohenden Zahlungsunfähigkeit des SED-Staates war dieser ab 1983 mehr den je auf westdeutsche Hilfe angewiesen (DDR-Repression gegen die eigene Bevölkerung gegen westdeutsche Devisen bei humanitären Gegenleistungen, Westkredite, Senkung der Westverschuldung), während sich der politische Ost-West-Gegensatz wieder verstärkte (NATO-Doppelbeschluss). Die sich gegen Ende der 1980er-Jahre weiter verschlechternde DDR-Wirtschaftsleistung (fehlende Investitionen z.B. in die Infrastruktur, veraltete Industrie) hinterließ bei einer „organisierten Selbsttäuschung“ innerhalb des planwirtschaftlichen Handelns der DDR eine durch und durch marode politische und wirtschaftliche Situation, bei der die SED-Führung die Zeichen der Zeit in der Folge der durch Michael Gorbatschow verursachten politischen Umwälzungen in der Sowjetunion nicht erkannte bzw. erkennen wollte (1986/89). So mündeten u.a. die Dissidentenbewegungen der 1980er-Jahre ein in die friedliche Revolution des Jahres 1989, an dessen Ende der Fall der Berliner Mauer und der Grenze zwischen BRD und DDR (9. November 1989) und die Wiedervereinigung

Vier-Vertrag mit den Siegermächten 12. September 1990, Beitritt der DDR 3. Oktober 1990, 1. gesamtdeutsche Bundestagswahl 2. Dezember 1990). Die vergrößerte Bundesrepublik bestand/ besteht aus nunmehr 16 Bundesländern (östliche Bundesländer: Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen), die Parteienlandschaft veränderte sich nicht nur durch den Aufstieg der Grünen in Westdeutschland in den 1980er-Jahren, sondern auch durch die Ausweitung der westdeutschen Parteien nach Ostdeutschland (DDR-Blockflöten-Parteien, „Allianz für Deutschland“; Bündnis 90/Die Grünen, später die Grünen) in der Folge des Einigungsprozesses bei weiterem Bestehen der PDS (Partei des demokratischen Sozialismus) bzw. der Linken in der Nachfolge der DDR-SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands).

beider deutscher Staaten (Beitritt der DDR zur BRD, 3. Oktober 1990) standen. Die DDR war damit Geschichte, nicht aber die politischen und wirtschaftlichen Altlasten, die die Politik in der BRD in den folgenden Jahren beschäftigen sollten.

Nach der Wiedervereinigung (1989/90) begann die Aufarbeitung (Rezeption) der DDR-Hinterlassenschaft in politischer (Stasi-Vergangenheit, DDR als Unrechtsregime), wirtschaftlicher (Angleichung der Lebensstandards zwischen West und Ost, Modernisierung der ehemaligen DDR-Wirtschaft) und wissenschaftlicher Hinsicht (DDR-Geschichte). Im Rückblick erscheint so die DDR u.a. als „Diktatur in Grenzen“, die letztlich an der erreichten Homogenisierung ihrer Gesellschaft und damit „am Mangel an Effizienz, Differenzierung und Individualisierung“ scheiterte (Engler, Ostdeutsche), oder als sozialistische Gesellschaft, die nach ihrem Untergang anscheinend (?) nur marginale Beiträge zur deutschen Gegenwartskultur beisteuerte.

Die „neue“ BRD blieb Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und der NATO, Berlin löste Bonn als Hauptstadt ab (1991), wirtschaftliche Anpassungsprozesse zwischen „Euphorie und Ernüchterung“ sollten das ehemalige DDR-Staatsgebiet an die westdeutschen Standards heranführen, was aber nur unzulänglich gelang („Abwicklung“ der DDR-Wirtschaft [Treuhand], Arbeitslosigkeit, weitere Globalisierung der Weltwirtschaft).

Mit der Bundestagswahl von 1998 kam die Regierung Kohl zu ihrem Ende, unter Kanzler Gerhard Schröder (1998-2005, SPD) regierte nun eine Koalition aus SPD und Grünen die BRD. „Grüne Themen“ waren dabei die Energie- und Umweltpolitik (Einstieg in den Atomausstieg), aber auch das Staatsangehörigkeits-, Asyl- und Zuwanderungsrecht. Die Weigerung Schröders, sich am Irakkrieg der USA zu beteiligen, brachte dem Kanzler den Wahlsieg bei der Bundestagswahl von 2002. Die zweite Amtsperiode Schröders sah mit der „Agenda 2010“ die (wohl notwendige?) teilweise Umgestaltung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik („Hartz-Reformen“), die Schröder trotz vieler Widerstände gerade bei SPD und Gewerkschaften durchzusetzen vermochte (2003). Die „Hartz-Gesetzgebung“ blieb auch unter den folgenden Regierungen in Kraft und hat wohl den „Standort Deutschland“ in der Weltwirtschaft gestärkt.

Nach der Niederlage Schröders in der vorgezogenen Bundestagswahl von 2005 (Vertrauensfrage des Kanzlers) kam es unter der Kanzler(innen)schaft von Angela Merkel (2005-2021, CDU) zur Bildung einer großen Koalition aus CDU/CSU und SPD, die nach dem Zwischenspiel einer CDU/CSU-FDP-Regierung (2009-2013) ab 2013 fortgeführt wurde. 2021



folgte auf die Merkel-Regierung die „Ampelkoalition“ der Parteien SPD, Grüne und FDP unter der Kanzlerschaft von Olaf Scholz (SPD).

**Literatur:** HERBERT, ULRICH (2014), Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, Sonderausgabe, München 2017; RECKER, MARIE-LUISE (2001), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (= BSR 2471), München<sup>3</sup>2009; WEBER, HERMANN (1985), Geschichte der DDR (= dtv 4430), München 1985.

---

[www.michael-buhlmann.de](http://www.michael-buhlmann.de) / 11.2023